



Baden-Württemberg
Bayern

ERKLÄRUNG

der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der gemeinsamen Automobilkonferenz der IG Metall-Bezirke Baden-Württemberg und Bayern im Juli 2013

Die Kfz-Industrie ist für Beschäftigung und Innovation eine zentrale industrielle Schlüsselbranche. Ihr weltweit wichtigstes Zentrum mit über 500.000 Beschäftigten liegt in Baden-Württemberg und Bayern mit den Endherstellern Audi, BMW, Daimler und Porsche, einschließlich ihrer Entwicklungszentren, einer breit aufgestellten Zulieferindustrie mit Firmen wie Bosch, Schäffler, ZF oder Conti, zugehörigen industriellen Dienstleistern sowie einer ausgezeichneten Forschungsinfrastruktur. Dieses Cluster mit seiner vollwertigen Wertschöpfungskette steht in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen. Zugleich gilt für beide Bundesländer, dass der gesamte wirtschaftliche Erfolg eng mit der Schlüsselindustrie Automobil und hier im Besonderen des Premiumsegments verbunden ist. Daher veranstalten die IG Metall Bayern und Baden-Württemberg erstmals eine gemeinsame Konferenz zur Lage und Perspektiven der Automobilindustrie.

Innovationen und Beschäftigung in der Automobilindustrie fördern und vorantreiben

Veränderte/differenzierte Kundenwünsche zu Mobilität, zunehmende weltweite Regulierungsmaßnahmen (CO₂- und Feinstaubemissionen, Lärmbelastung etc.) sowie die Digitalisierung und Informatisierung der Fahrzeuge machen große Anstrengungen im Innovationsbereich erforderlich. Elektromobilität, Leichtbau oder die Vernetzung von Fahrzeugen in Verkehrssystemen sind komplexe Veränderungen, bei denen die Aktivitäten der Unternehmen, die Anstrengungen der Forschungseinrichtungen und die politischen Rahmenbedingungen bzgl. Infrastruktur und Vorgaben eng aufeinander abgestimmt werden müssen.

Wir erwarten von den Unternehmen, dass sie bei ihren Innovationsaktivitäten insbesondere die Beschäftigten aktiv beteiligen. Wir erwarten, dass Innovationsthemen auch an den hiesigen Standorten industrialisiert und beschäftigungswirksam werden. Wir werden in den Betrieben darauf drängen, dass entsprechende Zukunftskonzepte erstellt und umgesetzt werden.

Wir erwarten von der Politik, dass sie die positiven Ansätze aus der Nationalen Plattform Elektromobilität mit ihren Leuchtturm- und Schaufensterprojekten konsequent weiterführt und auch auf andere Themen – insbesondere die Felder Leichtbau, Wasserstoff und Verkehrssysteme – ausweitet. Es muss alles getan werden, um Deutschland als Leit- und Referenzmarkt für nachhaltige Mobilität zu etablieren. Wir erwarten eine durchaus anspruchsvolle Regulierung mit dem Ziel nachhaltiger Mobilität, die aber langfristig verlässlich und nicht wettbewerbsverzerrend angelegt sein muss.

Gute Arbeit als Maßstab für Betrieb und Arbeitsmarkt

Auch das Feld der Arbeit ändert sich dramatisch. Auf der einen Seite erwarten die Beschäftigten gerade auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung sichere und stabile Arbeitsplätze mit guten Arbeitsbedingungen und fairer Entlohnung. Auf der anderen Seite erlauben neue Steuerungskonzepte immer rigidere Eingriffe in die tägliche Arbeitszeitgestaltung, steigt durch Standardisierung der Leistungsdruck immer weiter an und nehmen die Anforderungen der Unternehmen an Flexibilität und Verfügbarkeit der Beschäftigten deutlich zu. Zudem hat die Deregulierung auf dem Arbeitsmarkt in der Auto- und Zulieferindustrie zu einer regelrechten Fragmentierung der Belegschaften insbesondere durch Leiharbeit, Dienst- und Werkverträge und Outsourcing geführt.

Wir erwarten von den Unternehmen, dass sie sich zu einer nachhaltigen Personalpolitik verpflichten, in der Qualifizierung, berufliche Weiterentwicklung und eine Berücksichtigung der Zeitinteressen der Beschäftigten den Vorrang erhalten vor einer kurzsichtigen und kostengetriebenen Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse. Wir werden uns in den Betrieben weiter einsetzen gegen Lohndumping, Leiharbeit und Werkverträge. Ein Betrieb, eine Belegschaft, ein Tarifvertrag, ist weiterhin unser Ziel.

Wir erwarten von der Politik eine Neuordnung am Arbeitsmarkt mit einer besseren Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen sowie eine systematische Unterstützung von betrieblichen Aktivitäten für „Gute Arbeit“ und für mehr Qualifizierung der Beschäftigten.

Standorte weiterentwickeln und Beschäftigung sichern

Unter Begriffen wie „local to local“ erleben wir eine internationale Neuordnung der Wertschöpfungsketten: Produktion, zunehmend aber auch Entwicklung, wird den Marktentwicklungen folgend, global aufgeteilt. Damit relativiert sich das traditionell stark exportgetriebene Geschäftsmodell tendenziell zu Lasten der süddeutschen Standorte. Dies wird aktuell verschärft durch eine Verlagerungsoffensive vieler Zulieferer nach Osteuropa, um die Kostenvorgaben der OEM zu erfüllen. Hinzu kommt die Unterauslastung vieler Werke durch die Absatzkrise in Europa in Folge der Austeritätspolitik der EU. Damit stehen schon heute ganze Standorte zur Disposition, die Stärke der industriellen Wertschöpfungskette wird tendenziell auf's Spiel gesetzt.

Wir erwarten von den Unternehmen, statt einseitig auf Verlagerungen immer auch auf Konzepte zur Weiterentwicklung der bestehenden Standorte (z. B. Neuanläufe, neue Technologien/Produkte, Pilotwerkkonzepte etc.) zu setzen. Wir werden solche Ansätze in den Betrieben bei Bedarf auch mit Aktionen der Belegschaften einfordern und uns aktiv für den Erhalt und die Zukunft unserer Arbeitsplätze einsetzen.

Wir erwarten von der Politik, diesen sich abzeichnenden Strukturwandel aktiv zu flankieren, etwa durch Initiativen zur Weiterqualifizierung betroffener Belegschaften, durch Anreize zur Industrialisierung neuer Technologien an den heutigen Standorten, der stärkeren Verknüpfung von Forschungsförderung mit Beschäftigungseffekten sowie durch eine Neujustierung struktur- und arbeitsmarktpolitischer Instrumente.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz fordern von der Politik einen neuen Marshallplan für die Menschen und für die Wirtschaft in Europa anstelle weiterer Billionen für den Finanzsektor. Damit wird den Menschen in Europa wieder eine Perspektive gegeben und die wirtschaftliche Basis und die Wettbewerbsfähigkeit Europas gestärkt. Nur so kann Europa seine Spitzenstellung bei der Mobilität der Zukunft und seine industriellen Kernstrukturen erhalten und weiterentwickeln.